



Was für ein ungeheurer Skandal!

Die anonymen Morddrohungen gegen Janine Wissler, der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Hessischen Landtag, machen uns betroffen. Kurz danach wurden viele weitere Drohungen dieser Art bekannt. Der Absender der Drohschreiben behauptet zu wissen, wo sich die bedrohten Personen aufhielten. Auch ihre Familien und ihre Freunde seien ausspioniert worden, heißt es in den Schreiben. Unterzeichnet wurde mit „NSU 2.0“. Man benutzte dabei persönliche Daten. Solche Daten waren vorher teilweise von hessischen Polizeicomputern abgerufen worden. Das Kürzel „NSU 2.0“ bezieht sich auf die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), die in den Jahren 2000 bis 2007 insgesamt zehn Menschen in Deutschland ermordet hatte.

Der eigentliche Skandal ist, dass die Ermittlungsbehörden viele Fakten seit Jahren kennen und sich weigern, regelgerecht zu ermitteln. Sie müssten nämlich auch bei der Polizei selbst ermitteln!

Die Mordanschläge in diesem Jahr, die erneuten Drohungen gegen engagierte Personen, die sich gegen Rassismus und Demokratie engagieren, die Zerstörung von Gedenktafeln sind Beispiele, dass der Rechtsextremismus in unserem Land wächst.

Es handelt sich nicht um verwirrte Einzeltäter. Wir müssen wachsam bleiben und den Nazis engagiert entgegentreten. Auch in unserer Stadt.

Wachsam bleiben!

Protest am Margit-Horváth-Zentrum gegen die Zerstörung von Infotafeln

Fünf der Info-Tafeln des Historischen Lehrpfades, der rund um das ehemalige KZ-Außenlager Walldorf und das dortige Begegnungszentrum führt, wurden aus dem Erdboden gerissen und stark beschädigt.

Mit einer Kundgebung protestierten 200 Teilnehmer am „Margit-Horvath-Zentrum“. Sie setzten damit ein Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Gewalt.

Bürgermeister Thomas Winkler: „Wir sind erschüttert, dass es zu einer solchen Zerstörung an einem Ort gekommen ist, der ein Höchstmaß an Respekt, Achtung und Geschichtsbeusstsein verlangt“.

Schon mehrmals wurden Informations- und Gedenktafeln des Lehrpfades beschädigt. Man muss davon ausgehen, dass die Verwüstungen kein Werk von jugendlichen Warrköpfen sind. Auch im Kreis Groß-Gerau gibt

es Rechtradikale, die dazu bereit und fähig sind. „Was für Menschen sind es, die solche Tafeln zerstören?“, fragte eine Studentin in ihrer Ansprache bei dieser Kundgebung. Die für die Organisation der Veranstaltung verantwortliche Museumsleiterin Claudia Battistella machte deutlich, dass sie Mörfelden-Walldorf als „offene, vielseitige und hilfsbereite Stadt“ kennengelernt habe. Wer die Tafeln des Lehrpfades schände, „beschädigt die Würde der Frauen und Mädchen, die damals in dem Lager inhaftiert waren.“ In unserer Stadt gibt es viele Gruppierungen die aktiv gegen die Rechtsentwicklung auftreten, wie die Margit-Horváth-Stiftung, das Integrationsbüro, die Aktion Toleranz, die VVN und die „Omas gegen Rechts“. Es gibt ein Bündnis für Respekt und Toleranz, gegen Rechtsradikalismus und Rassismus. Angesichts der aktuellen Entwicklung ist wichtig: „Mitmachen!“

Die Bedrohung ist nicht vorbei

Natürlich, alle wollen wieder Aufatmen, wollen wieder Normalität. Aber Corona ist auch bei uns noch nicht vorbei und wir müssen wachsam bleiben.

Während wir diese Zeilen schreiben, heißt es in den Medien: Jetzt gibt es in Europa inzwischen mehr als drei Millionen Corona-Fälle. Italien, Spanien und Frankreich gelten als europäische Länder mit den meisten Infizierten. Weltweit seien 15,2 Millionen Corona-Fälle bekannt, allein auf die USA entfallen über vier Millionen Covid-19-Fälle. Wirksame Medikamente und Impfstoffe sind noch nicht zu haben.

Die Corona-Krise bestimmt seit Monaten unser aller Leben und hat nach kürzester Zeit offengelegt, auf wem es in der Gesellschaft ankommt: Krankenhauspersonal, Haushalts- und Pflegehilfskräfte, Busfahrer, Kassiererinnen, Lkw-Fahrer, Paketbotinnen, Lagerarbeiter.

Menschen, die tagtäglich vor Ort sind und ihre Gesundheit unmittelbar aufs

Spiel setzen. Menschen, die unverzichtbare, aber überwiegend schlecht bezahlte Arbeit leisten.

Am Anfang wurden sie beklatscht und als Helden des Alltags gefeiert. Aber dafür, dass dieser Anerkennungszuwachs nach der Pandemie anhält und sich für die Beschäftigten auch materiell niederschlägt, gibt es keine Gewähr.

Es gab einen „Autogipfel“. Man diskutierte mit den Konzernchefs über öffentlich finanzierte Kaufprämien für Neuwagen.

Wir fragen, wo bleibt der „Pflegegipfel?“ Wo der Gipfel zum Aufbau eines krisenfesten Gesundheitssystems?

Von den geplanten Lohnerhöhungen in den chronisch unterbezahlten systemrelevanten Berufen ist nichts geblieben.

Die nötige Verkehrswende und der ökologisch-soziale Umbau ist offenbar vertagt.

Die Stunde der Solidarität ist zur Stunde der Lobbyisten geworden. In einem Überbietungswettbewerb

profilierungssüchtiger Politiker und Wirtschaftsbosse scheint es vor allem um eins zu gehen: Wer schreit am lautesten? Neben den Rettungspaketen, die gerade geschnürt werden, brauchen wir einen Schutzschirm für die Demokratie. Eine Vermögensabgabe für das reichste Prozent der Bevölkerung ist überfällig.

Das Gesundheitssystem muss entprivatisiert werden. Ziel sollte ein leistungsfähiges, für alle zugängliches, ausreichend finanziertes Gesundheitswesen sein.

Das Verhältnis von Politik und Wirtschaft muss unmissverständlich neu definiert werden: Dass Konzerne im Regelfall maximale Freiheit für sich und ihre Aktionäre beanspruchen, Dividenden in die Höhe treiben und Einnahmen über Steueroasen abwickeln, im Krisenfall aber beim Staat anknöpfen, um die Hilfe der Steuerzahler zu verlangen – das darf es in Zukunft nicht mehr geben.

Das zu regeln ist eine Kernfrage der Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Drei Millionen

Aktuell wird gemeldet: Es gibt fast drei Millionen arme Kinder in Deutschland! Seit Jahren beklagen nicht nur Sozialverbände diesen unwürdigen Missstand. Man weiß: Vermögen wird vererbt, Armut auch!

Was diese Kinderarmut bedeutet, sollte man wissen: Kinder gehen nicht zum Geburtstag der Freundin, weil kein Geld da ist für ein Geschenk. Sie sind angeblich krank, wenn eine Klassenfahrt ansteht. Sie wohnen in zu kleinen Wohnungen mit zu alten Möbeln. Sie verreisen nicht in den Ferien. Bei dieser Liste geht es also nicht um das neueste Smartphone und die tollsten Klamotten.

Mehr als jeder fünfte unter den 18-jährigen in Deutschland wächst in Armut auf. Davon sind nicht nur diejenigen betroffen, bei denen mindestens ein Elternteil Arbeitslosengeld bekommt, sondern auch Kinder von einkommensarmen Familien. Für zwei Drittel der Betroffenen ist dies sogar ein

dauerhafter Zustand. Die Situation für Kinder und Jugendliche wird durch die Coronakrise noch verschärft.

Die wirtschaftlichen Folgen der Krise treffen arme Familien und diejenigen im unteren Einkommensbereich besonders hart. Sie arbeiten häufiger in Teilzeit oder als Minijobber und gehören deswegen zur Gruppe, die als erste ihre Jobs verlieren oder wenig oder gar kein Kurzarbeitergeld erhalten.

Auswirkungen: Rund ein Viertel der Betroffenen kann sich beispielsweise nicht ab und zu neue Kleidung kaufen, 20 Prozent erhalten aus finanziellen Gründen kein Taschengeld, viele haben keine Vereinsmitgliedschaft und kommen nicht aus ihrem Umfeld heraus. Sie haben geringere Bildungschancen. Verantwortlich dafür sind die Politiker, die Eltern der Kinder in unsicheren schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen belassen.

**Linke
Opposition
bleibt
notwendig!**



Ohne die DKP/LL in der Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf gäbe es den „blickpunkt“ nicht.

Bei der Kommunalwahl im März 2021 haben viele die Möglichkeit, uns zu stärken.

Die DKP/Linke Liste ist eine örtliche Kraft, die mit ihrer Zeitung die anderen ordentlich aufmischt.

Arme sind Verlierer

Corona - die Ärmsten sterben zuerst

Noch vor einigen Monaten hießes, das Coronavirus sei der große Nivellierer, vor ihm seien alle Menschen gleich. Inzwischen aber wird deutlich: Der Erreger bevorzugt Orte, an denen das Geld fehlt. Covid-19 wird zur Pandemie der Armen, ob es sich um Fleischverarbeiter in Deutschland handelt, um migrantische Erntehelfer in Italien, schwarze Menschen in den USA oder um Geflüchtete in Lagern, Wohnheimen und auf den Feldern.

Die Armen sind besonders von der Pandemie betroffen. Das Virus findet bei den Minderbegüterten gute Voraussetzungen, denn sie leben oft in beengten und hygienisch schlechteren Verhältnissen. Auch in der Pandemie müssen sie weiter zur Arbeit gehen, nicht obwohl, sondern weil die Arbeit ihnen wenig einbringt und wenig eingebracht hat – finanzielle Reserven fehlen. Und wenn



sie überhaupt Lohnersatzleistungen beziehen, sind diese zu gering, da sie nur einen Teil des Verdienstes ersetzen, der bereits zu niedrig war. Arme Menschen haben meist eine schlechtere oder keine Gesundheitsversorgung.

Sie ernähren sich schlechter, gehen krank zur Arbeit. Viele können nicht auf ihre Gesundheit achten. Eine Voraussetzung, die der Arbeitsplatz

häufig von ihnen verlangt und die quasi eine Zugangsbedingung für ihren Job darstellt.

Arme gehen daher seltener zum Arzt. Damit ist Armut nicht bloß eine ungünstige Ausgangsbedingung für das Leben in der Pandemie. Sie ist das ganze Problem.

Am Anfang hieß es, nach Corona würde alles anders werden. Nichts ändert sich von selbst!

Bernhard Brehl ist nicht mehr unter uns. Erwareine bemerkenswerte Persönlichkeit.

Im Alter von 78 Jahren starb der frühere Bürgermeister von Mörfelden-Walldorf am 6. Juli 2020. Mit Bernhard Brehl verliert die Stadt einen engagierten und über Jahrzehnte tätigen Kommunalpolitiker. Wir hatten viele Diskussionen mit ihm, aber in seiner Amtszeit wurden auch viele unserer Initiativen umgesetzt. Darüber wird heute noch oft gesprochen. Über 30 Jahre hat er die Politik unserer Stadt nachhaltig geprägt. In seiner Amtszeit fielen die bewegten Jahre der Auseinandersetzung um den Bau der Startbahn West. Brehl war in der heißen Phase dieses Konfliktes von 1979 bis 1984 einer der Köpfe der breiten Protestbewegung. Er war immer einer der kommunalen Wortführer der Flughafenausbaukritiker und hat sich von dieser Haltung auch gegenüber seiner eigenen Partei nicht abbringen lassen. Einem räumlichen Zusammenwachsen der Stadt auf über 70.000 Einwohner sagte er früh den Kampf an. Daran denken wir heute, wo viele örtliche Politiker diesen Wahnsinn wieder aufgreifen. Sein persönliches Engagement für mehr Schutz vor Fluglärm, Schadstoffen, Flächenversiegelung und Landschaftsverbrauch werden wir nicht vergessen.

Unsere jahrelangen Forderungen nach einer Aufarbeitung der Geschichte der Nazizeit hat er aufgegriffen. Es kam zur vorbildlichen Aufarbeitung. Zeitzeugen der KZ-Außenstelle wurden eingeladen, das Horváth-Zentrums gegründet. Bernhard Brehl war gerne unter Menschen, immer ansprechbar und erreichbar. So wird er uns und vielen in guter Erinnerung bleiben.

Sigmar Gabriel

Der SPD-Ex-Vizekanzler erklärt seiner Partei gern, ihr gehe es vor allem deshalb so schlecht, weil sie die Wirtschaft (also die Großkonzerne) vergraule, statt ihre Steuerlast zu senken. In seinem Kopf ist kein Raum für den Gedanken, dass neoliberale Politiker wie er selbst, aber auch Typen wie Gerhard Schröder oder Wolfgang Clement, die Totengräber der SPD sind.

Nun wurde Gabriel als Berater des Fleischmoguls Tönnies enttarnt. Er verhöhnt damit all jene Menschen, die unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen in den Schlachtfabriken des Milliardärs und anderer Ausbeuter schufteten und alle, die sich für Hungerlöhne krumm machen müssen. In der einstigen Arbeiterpartei SPD ist Gabriel alles andere als eine Ausnahme.

Die Gärten im See dürfen nicht zubetoniert werden

Wir haben mehrmals darüber berichtet und mit Plakaten darauf verwiesen: Man überlegt bei der Stadt das Kleingartengelände „Im See“ für die Bebauung freizugeben. Ein entsprechender Prüfantrag wurde bereits von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Die DKP/Linke Liste ist gegen diese Bebauung.

Das Gartengelände hat eine immer wichtiger werdende Bedeutung. Die Kleingärten sind heute bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr begehrt. Sie sind kleine ökologische Nischen, die man nicht leichtfertig zubauen darf.

Wir sind eine kleine Stadt, aber sie braucht zunehmend „Grüne Lungen“. Der Klimawandel, die Jahre extremer Trockenheit mit ungeheuren Schäden, haben uns vor Augen geführt, wie begrenzt die natürlichen Ressourcen sind.

... und Corona mit „Eingesperrtsein“ hat jetzt viele Menschen zu Gartenliebhabern gemacht.

Die DKP/LL-Fraktion möchte sich mit Anliegern, Kleingartenbesitzern und -Pächtern treffen. Wir informieren über die Vorhaben der Stadt und wollen uns mit den Gartenfreunden beraten, wie die „See-Gärten“ gerettet werden können.

**Treffpunkt: Samstag, 8. August 2020 um 14 Uhr
an der Einfahrt zur Seegasse („Sattler“).**

Ohne Kommentar

Die DKP/LL bekam vom Ordnungsamt eine Mahnung: *Es wurden von Ihnen im Bereich des Gebietes „Im See“ Stellschilder aufgestellt. Dies bedarf einer Sondernutzungserlaubnis. Eine Beantragung hierfür ist bisher nicht erfolgt. Ich fordere Sie daher auf die Stellschilder bis zum 09.06.20 zu entfernen. Sollten die Stellschilder bis zu diesem Zeitpunkt nicht entfernt worden sein, wird die Entfernung über den städtische Bauhof veranlasst und ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet.*

Die drei Schilder wurden entfernt. Wir werden uns neue genehmigen lassen und wieder aufstellen.

Eine „blickpunkt“-Leserin telefonierte mit dem Ordnungsamt und schrieb uns:

Danke für die Auskunft

Offenbar weht ein neuer Wind im Ordnungsamt. Die Protestschilder gegen die Bebauung des Sees wurden kurzerhand entfernt. Und eine telefonische Anfrage, wie lange die Markierungsarbeiten auf der Langener Straße und das damit verbundene Halteverbot voraussichtlich dauern werden, wurde beantwortet mit dem Satz: Bis es fertig ist. Das war das Ende des Telefonats.

AUS DER POST

Bücherei in Mörfelden zu?

Bücherei in Mörfelden zu? Wer beschließt das, die LeserInnen? Nein, eine Handvoll AbnickerInnen im Magistrat. Der Bürgermeister ist dagegen, aber er hat keine Mehrheit hinter sich. Zuvor haben sie die Stadthalle Walldorf für den öffentlichen Betrieb gesperrt. Warum das alles? Um zu sparen. Stellen sollen abgebaut werden. Um die Erwerbslosenzahlen zu senken, wie sie immer wieder heucheln? Ich hätte einen Vorschlag: Herr Ziegler, treten Sie zurück und lösen Sie den Posten des 1. Stadtrats auf, Sie haben es im Wahlkampf gefordert! Außer Sozialabbau bringen Sie nichts zustande. Frau Bishop-Klaus (SPD-Sprecherin – Mitglied im Beirat für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing) meint: „Wir können nicht alles doppelt zur Verfügung stellen.“ Ich bin ein Fossil aus der Zeit, als wir noch zwei selbständige Städte waren. Viele Unterschriften haben wir gesammelt, damals, gegen die Fusion von Mörfelden und Walldorf. Eine Bürgerbefragung hatte ihre SPD verhindert. Die halluzinierte von der „geballten Finanzkraft der Gemeinden“, wenn wir zusammengelegt sein würden. Ihr Ziel war, damals wie heute, die letzten freien Flächen zuzubauen. Mehr Einwohner bei schlechterer Infrastruktur, mehr Autoverkehr, höheren Gebühren und immens hoher Grundsteuer.

Die Abwassergebühren sollen demnächst explodieren. Sie fragen mich, wo das Geld sonst herkommen soll? Ich kann's Ihnen sagen. Ein erster Schritt zur Wahrheit: treten Sie zurück, Herr Ziegler!
Erich Schaffner



75 Jahre nach dem atomaren Massenmord fordern wir:

US-Atomwaffen aus Deutschland abziehen statt atomare Teilhabe der Bundeswehr!

Geld für das Gesundheitswesen statt für neue Kampfjets!

Dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten – Atomwaffen ächten und abschaffen!

Nach den Plänen von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer sollen US-Kampfjets angeschafft werden, um für die US-Atombomben in Büchel die „atomare Teilhabe“ der Bundeswehr sicher zu stellen. Diese Pläne werden uns zu einer Zeit präsentiert, da die Sicherheit der Menschen grenzüberschreitend nicht durch Kriegs-

drohungen aus Russland, sondern durch eine tückische Viruspandemie bedroht ist. Nicht durch Massenvernichtungswaffen, sondern nur mit internationaler Zusammenarbeit kann dieser schweren Bedrohung der Sicherheit der Menschen wirksam entgegengetreten werden. Nicht die NATO-Aufrüstung, sondern eine engagierte Friedenspolitik und eine großzügige finanzielle Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation WHO ist unsere Forderung an die deutsche Regierung und die Staatengemeinschaft!

**Nie wieder Krieg!
In die Zukunft investieren
statt aufrüsten!**

Für die Gewerkschaften ist der Antikriegstag am 1. September ein besonderer Tag der Mahnung und des Erinnerns. Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas und der Welt vom Faschismus jähren sich zum 75. Mal. Mit seinem Überfall auf Polen riss Nazi-Deutschland 1939 die Welt in den Abgrund eines bestialischen Krieges, der unermessliches Leid über die Menschen brachte und

60 Millionen Tote forderte. 75 Jahre nach Kriegsende liegt es an uns, die Erinnerung an diese zahllosen Toten wachzuhalten und der Millionen von Holocaust-Opfern zu gedenken, die von den Nazis ermordet wurden. Und wir müssen die Erinnerung daran wachhalten, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! So lautet unumstößlich die Lehre, die Gewerkschaften aus der Geschichte gezogen haben – und für die wir uns heute wieder mit all unserer Kraft stark machen müssen.

Abrüstung bleibt der Schlüssel für die Lösung der sozialen und ökologischen Fragen in jedem Land und der globalen internationalen Herausforderungen. Abrüstung ist aber auch die einzige Antwort für eine verantwortliche internationale Politik, bedeutet doch Abrüstungspolitik auch immer Kooperation, Dialog und friedliche Lösung von Konflikten.

Die deutsche Bundesregierung muss den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnen.

(Aus Stellungnahmen der Friedensbewegung und des DGB)

Zerstritten in Brüssel

In Brüssel tagten die Staats- und Regierungschefs der EU und stritten über das sogenannte Corona-Wiederaufbaupaket.

Beschlossen haben die 27 EU-Regierungschefs am Ende nur 390 der geplanten 500 Milliarden Euro als Zuschüsse zu vergeben und den Rest in Form von Krediten.

Festhalten muss man: Es ging dabei nicht um das Wohl der „Völker“, es ging vor allem um die Interessen des jeweiligen nationalen Kapitals.

Die fortwährend ungleiche Entwicklung innerhalb der EU hat tiefe Risse hinterlassen, bedingt durch die aufkeimende Wirtschaftskrise und verstärkt durch die Folgen der Corona-Pandemie. Italien und Spanien stehen vor dem Absturz und drohen der Union und dem Euro schweren Schaden zuzufügen. Merkel und Macron mussten „Federn lassen“.

Für sie stand die Sicherung der EU und der Eurozone im Vordergrund, weil beides für ihre globale und Europastrategie entscheidende Instrumente sind. Darum waren sie zu größeren Zugeständnissen an die am stärksten betroffenen Ökonomien von Spanien und Italien bereit.

Statt als Repräsentantin des „ideellen Gesamtkapitalisten“ die Interessen des deutschen Imperialismus durchzusetzen, musste sich die Bundeskanzlerin als Vermittler zwischen Nord und Süd präsentieren.

Merkel und Macron konnten die Rebellion nicht einfach übergehen. Auf dem Spiel stand nicht nur ein Gipfel, sondern die Zukunft der EU, dem zwischenimperialistischen Zweckbündnis, das Deutschland mit Frankreich als Juniorpartner den Weg zur führenden Wirtschaftskraft der Welt ebnen soll. Man will gestärkt aus der Krise kommen, doch zunächst mussten die tiefen Risse in der EU

behelfsmäßig gekittet werden. Von der viel beschworenen „europäischen Einigung“ oder gar „Solidarität in der Krise“ war nichts zu spüren. Und wie schon wenige Wochen zuvor bei der Wahl des Eurogruppenchefs bekamen Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron einen Dämpfer.

So waren die vier Tage in Brüssel Tage des Zorns auf allen Seiten und die EU präsentierte sich der Welt uneins und zerstritten.

**Wir haben in den letzten
Monaten viele Spenden
erhalten.
Sie helfen, das Projekt
„blickpunkt“
weiterzuführen.
Danke!**

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419**



Systemrelevant

Das ist das Label, das LogopädInnen, PhysiotherapeutInnen und ErgotherapeutInnen aktuell aufgestempelt bekommen.

Normalerweise sind wir im Gesundheitssystem eher Berufe zweiter Klasse, aber kaum kommt ein Virus, haben Therapiepraxen aller Art die Weisung bekommen, unbedingt offen zu bleiben und Therapien abzuhalten. Viele dieser Therapien finden in Praxen statt, in denen PatientInnen vor ihrer Therapie auch mit anderen PatientInnen in Kontakt kommen, um anschließend in Therapiezimmern, teilweise mit nur einer Tischlänge Entfernung zu ihren TherapeutInnen, zu sitzen.

Das Altersspektrum der PatientInnen erstreckt sich von Kleinstkindern bis zu SeniorInnen und viele haben

Vorerkrankungen, die sie in die Risikogruppe fallen lassen. Durch den vermehrten Kontakt mit Kindern sind über die TherapeutInnen auch PatientInnen dieser Risikogruppen einer erhöhten Gefahr der Ansteckung ausgesetzt.

Selbst wenn wir Therapien weiterhin anbieten wollen, fallen die Stunden häufig aus, da viele PatientInnen aus Pflichtbewusstsein absagen und Seniorenheime geschlossen sind.

Diese Ausfälle werden uns in keinsten Weise erstattet. Krankenkassen schließen und Ärzte sind angehalten, keine weiteren Verordnungen für Therapien auszustellen.

Mir als Logopädin ist es nicht möglich eine Gesichtsmaske zu tragen, da ich mit meinem Mundbild als Beispiel für meine PatientInnen dienen muss. Nicht, dass ich einen Mundschutz zur Verfügung gestellt bekommen würde, obwohl ich als systemrelevante Angestellte eines therapeutischen Berufs tagtäglich mit Kranken in Berührung komme.

Mir und vielen anderen KollegInnen droht Kurzarbeit und das in Berufen, die sowieso unterbezahlt sind. Von staatlicher Seite gibt es bislang keine nennenswerte Unterstützung.

(Aus einem Brief einer Logopädin)



Wenn du mit uns zu Veranstaltungen fahren willst oder diskutieren und feiern möchtest, schreib uns!

Auf

[facebook.com/DKP](https://www.facebook.com/DKP)
[LinkeListe/](#)

[instagram: @dkpmoewa](#)

Gute Idee

Donald Trump plant Truppenabzug aus Deutschland. Viele Politiker der CDU/CSU, der FDP, der SPD und der Grünen protestieren. Manche Bürgermeister weinen regelrecht: „die haben bei uns die Brötchen gekauft! Unsere Geschäftswelt vor Ort steht vor dem Bankrott“. Alles Blödsinn!

Sollen sie doch die Kasernen für Wohnungen herrichten und die Truppenübungsplätze aufforsten! Sollen sie doch abziehen! Die Bundesrepublik Deutschland hat im vergangenen Jahrzehnt fast eine Milliarde Euro für die Stationierung des US-Militärs im Land ausgegeben. Das sollte man sich auch merken!

Nach der „Wiedervereinigung“ musste in der DDR die sowjetische Armee alles räumen. Wir im Westen haben noch über 38.000 US-Soldaten auf zahlreichen Stützpunkten - sie lagern auch noch Atombomben in der Eifel. Trump will sein Erdgas bei uns verkaufen. Jetzt ist er beleidigt, wenn Deutschland mit Hilfe Russlands eine Erdgas-Leitung durch die Ostsee legen lassen will. Trump erpresst: Er will strafen, indem er die Soldaten abzieht und nach Polen verlegt. Wir sagen: Soldaten nach Hause und nehmt die Atomwaffen gleich mit.

Aktiv gegen Nazis und Rassisten



Die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) und die „Omas gegen Rechts“ bei der Protestkundgebung am Margit-Horváth-Zentrum gegen die Zerstörung von Infotafeln.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Am Terminal 3 wird feste weiter gebaut, man erwartet schließlich die Billigflieger der Zukunft. Die Autobahnabfahrt wird gerade durch den ehemaligen Wald betoniert. Morgens ab fünf Uhr werden wieder Leute wach, wenn die Flieger den „Ballermann“ beliefern.

Das neue Terminal 3 wächst-die Baustelle brummt. Die Grundfläche des gesamten Bauprojekts von 176.000 Quadratmetern entspricht 25 Fußballfeldern. 45 Hochkräne sind derzeit im Einsatz. Bis zu 800 Kubikmeter Beton pro Tag werden gemischt. Der Kies und Sand kommen aus der gesamten Republik – per Lastwagen, zum Teil auch über den Schienenanschluss von Cargo-City Süd.

Mit vier Milliarden Euro ist das Bauprojekt laut Fraport das größte privat finanzierte in Europa (Macht nix - es floss ja auch Corona-Geld in Richtung Flughafen).

Der mit PFC verseuchte Aushub soll in andere Bundesländer geschickt werden. 600.000 Kubikmeter Erde waren es insgesamt. Der Großteil soll im Herbst verschwunden sein. Trotzdem hält Fraport am Bauantrag für ein auf fünf Jahre befristetes Erdlager fest. Eigenartig!

Aber war da nicht etwas? Vor der Corona-Pandemie war die Belastungssituation der Menschen im Flughafen-umland durch den ständig steigenden Flugbetrieb und die zahlreichen Ausnahmeregelungen insbesondere für Billigflieger in der Zeit der Betriebsbeschränkung von 23 bis 5 Uhr teilweise unerträglich und krankmachend. Die Zukunft des Fliegens muss überdacht werden, konnte man lesen.

Die Chance ist bald vertan, die Pandemie zu nutzen um ein neues Mobilitätskonzept zu entwickeln und den Flugverkehr aus Klimaschutzgründen radikal zu reduzieren. Genau aber das ist notwendig. Jetzt sollte der Klimaschutz an erster Stelle stehen.



Am Grab von Wilhelm Hammann in Groß-Gerau gedachten am 65. Todestag DKP, VVN/BdA, Freidenker, DGB und andere.

Hammann, „Retter der Kinder von Buchenwald“, wurde in Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt. Der Kommunist war der erste Landrat nach Kriegsende im Kreis Groß-Gerau.

Es wird befürchtet, dass die Grabstätte im Herbst beseitigt werden soll.

Dagegen erhebt sich Protest. Inzwischen wird die Forderung nach einem Ehrengrab für Wilhelm Hammann von Organisationen wie DKP, VVN/BdA, DGB Groß-Gerau, Freidenkern, SDAJ und anderen Gruppierungen unterstützt. Durch ein

Ehrengrab müsste die Stadtverwaltung die Grabstätte für die Zukunft erhalten und pflegen. In einer Ansprache des DKP-Bezirksvorsitzenden von Hessen, Axel Koppey (Foto), wurde nicht nur die angedachte Grabbeseitigung kritisiert, sondern darauf hingewiesen, in welcher Zeit dies passiert: „In Hanau wurde gemordet, Walter Lübcke wurde erschossen, Personen erhalten NSU-Bedrohungen!“

In einem Grußwort sprach sich Pfarrer Walter Ullrich für die Forderung nach einem Ehrengrab für Wilhelm Hammann aus. Alfred J. Arndt informierte über das Wirken des KPD-Politikers. Fatma und Metin Yildiz präsentierten „ein Lied für Wilhelm“.

Stadtgeschichten



Die sechs Bauarbeiter hatten sich eine Ruhepause verdient. Nachdem sie am Vormittag hart gearbeitet hatten, nahmen Sie in der Mittagspause ihre Fahrräder und fuhren mal kurz ins Grüne. Die Mahlzeit war spärlich, man sieht es an dem zusammengeknüllten Zeitungspapier, in das die Brote eingewickelt waren. Das Foto wurde aufgenommen im Jahre 1939. Von den sechs Männern ist namentlich nur einer bekannt. Es ist der Maschinenmeister Wilhelm Zwilling VI. - 1906-1969 - (3. v. l.), in Walldorf auch „Amme-Seppel“ genannt, da seine Mutter Hebamme war. Er war schon früh bei den „Freien Turnern“ und nach dem Krieg im Gesangverein „Volkschor“ der Sport- und Kulturgemeinschaft Walldorf (SKG) aktiv. Dort war er auch Mitglied des bekannten Männerquartetts. Den Namen Seppel erhielt so mancher in Walldorf, wenn er in einem Theaterstück, die oft von den Vereinen vor Weihnachten aufgeführt wurden, einen Jungen namens Seppel spielte. Wilhelm Zwilling war auch in der Kommunalpolitik aktiv. Als Gemeinderat war er für die KPD von 1952 bis 1956 im Ortsparlament tätig.



Liebe Leserinnen und Leser unserer Stadtzeitung! Wir freuen uns, wenn sie dem „blickpunkt“ helfen, durch Mitarbeit und Informationen. Wir freuen uns über alte Fotos. Wir brauchen auch weiter ihre finanzielle Unterstützung.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



„Prosa vegan“ mit Daniela Böhm
Sonntag, 2. August - 10:30 - 13 Uhr,
Eintritt: 8,-/ 4,- Euro

Spieleabend
Dienstag, 4. August - 20 Uhr, Eintritt frei

Seenotrettung: Ein Pilot berichtet
Donnerstag, 6. August - 20 Uhr, Eintritt frei

Cocktailabend, Thema: Caipirinha
Freitag, 7. August - 20 Uhr, Eintritt frei

Spieleabend
Dienstag, 18. August - 20 Uhr, Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet
PoprockRockpop # Made in USA
Donnerstag, 20. August - 20 Uhr,
Eintritt frei

**Harald Pons trifft auf:
Anette Welp und Andreas Roß**
Samstag, 22. August - 20 Uhr,
Eintritt: 10,-/ 8,- Euro
VVK im KuBa, Merfeller Shop und
Buchhandlung Giebel

Quiz
Freitag, 28. August - 20 Uhr,
Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch

Ess räjend digge Drobbe -
die Buuwe
muss mer globbe,
die Määdscher
muss mer schoone -
wie die Kaffebohne.